Der HSGB im Gespräch mit ..., Donnerstag, 12. Januar 2017

## Integration von Zuwanderern

Prof. Dr. Karl H. WÖBBEKING leitet die Forschungsgruppe Kommunal-/Umweltwirtschaft an der Hochschule Mainz. Normalerweise beschäftigt sich der Hochschullehrer mit Rechnungswesen, Controlling und Umweltwirtschaft. Die aktuelle Flüchtlingssituation und die Frage nach der Integration der Zuwanderer forderte ihn heraus, mit seinen Kolleginnen und Kollegen über strategische Fragen rund um das Thema Flüchtlingsintegration nachzudenken.

Die Forschungsgruppe Kommunal-/Umweltwirtschaft in Mainz beschäftigt sich mit Controlling-Lösungen für Dienstleistungen von allgemeinem Interesse. Im Rahmen des strategischen Controlling geht es dabei um die Entwicklung, Bewertung und Umsetzung nachhaltiger Strategievorschläge. Zur Bewertung von Strategiealternativen werden die wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Auswirkungen z.B. von Standortentscheidungen, Investitionsentscheidungen oder von sozialpolitischen Konzepten ermittelt und dann zusammenfassend bewertet. Anfänglich lag der Schwerpunkt der Forschungsgruppe im Bereich der kommunalen Abfallwirtschaft. Heute arbeitet das Team um Prof. Dr. Karl H. WÖBBEKING zu ganz verschiedenen Themen, wie Verkehr, Energie, Fragen der neuen kommunalen Verwaltungssteuerung oder eben die Integration von Geflüchteten. Kurz gefasst geht es um die Frage, die richtigen Dinge zu tun und die wesentlichen Aufgaben effizient zu bearbeiten.

Zur nachhaltigkeitsorientierten Strategie-Bewertung reichen die klassischen ökonomischen Instrumentarien wie Kostenrechnung oder Investitionsrechnung nur bedingt. Hier sind vielmehr Kosten-Nutzen-Analysen oder auch Ökoeffizienzanalysen gefragt. Als eine erste Modellkommune für ihre Feldforschung hat sich die Forschungsgruppe die südhessische Stadt Pfungstadt ausgesucht. Hier machen sich die Wissenschaftler ein Bild von kommunalen Integrationsmaßnahmen, untersuchen Aspekte wie die Unterbringung, das ausreichende Angebot an Arbeitsplätzen, die Qualifizierung von Zuwanderern, aber betrachten auch staatsbürgerliche Aspekte („Grundgesetz geht vor Religion“) und die Einhaltung interkultureller Spielregeln.

Prof. Dr. Karl H. WÖBBEKING zeigt sich im Gespräch mit Karl-Christian SCHELKE beeindruckt vom Einsatzwillen

und der Spontanität der Bürgerinnen und Bürger in Pfungstadt. Ihre Hilfsbereitschaft würde auch nach über einem Jahr tätigen Einsatzes nicht nachlassen. SCHELZKE unterstrich, dass Integration nur vor Ort gelingen kann. Die Flüchtlinge seien in den Kommunen untergebracht, hier seien die Sprachkurse sicher zu stellen, für Wohnungen zu sorgen und die Heranführung an den Arbeitsmarkt zu befördern. Zum kommunalen Handlungsfeld, so SCHELZKE, gehören aber auch die Koordination der ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer, der Besuch der Kindertageseinrichtung wie der Schule müssen gewährleistet und die soziale, gesundheitliche sowie familiäre Betreuung organisiert werden.

Prof. Dr. Karl H. WÖBBEKING unterstrich, dass Integration ein fordernder Prozess für beide Seiten sei. Verwaltungen und aktive Bürgerschaft wären gefordert, den Menschen ein Ankommen vor allen in ländlichen Kommunen zu ermöglichen. Für Karl-Christian SCHELZKE steht dabei neben den eigentlichen Integrationsleistungen auch die Gewährleistung der notwendigen Infrastruktur (Nahversorgung, öffentlicher Personennahverkehr) im Vordergrund. Nicht jede Kommune eigne sich für die Aufnahme von Zuwanderern. Hier können zwar  Lücken in der Fläche mit bürgerschaftlichen Initiativen gefüllt werden, wie es die Beispiele der Bürgerbusse oder der eigens organisierten Dorfläden zeigen würde. Aber Arbeitsplätze, Mobilität und soziale Kontakte müssen wirklich möglich sein und von der Aufnahmegesellschaft mit organisiert werden, so SCHELZKE.

Für Prof. WÖBBEKING hat die Integration ihr eigenes Tempo, das sei zum einen für die Geflüchteten wichtig, denn nur so können sie in der neuen Umgebung wirklich ankommen. Zum andern ist für die Gemeinden entscheidend, Menschen so zu unterstützen, dass sie nicht abhängig von Sozialleistungen seien, sondern einen aktiven Beitrag für die Gesellschaft leisten könnten. SCHELZKE und sein Gesprächspartner sind sich einig, dass Initiativen wie Teams in der Gemeinwesenarbeit und Minijobs wichtig sind, weil sie der Aufnahmegesellschaft eindrücklich demonstrieren, dass Geflüchtete bereit sind, für die Aufnahmeorte ihren Beitrag zu geben. Wenn öffentliche Anlagen, Friedhöfe, Kinderspielplätze von aktiven Bürgerinnen und Bürgern gemeinsam mit den Geflüchteten hergerichtet werden, hat dies auch den positiven zusätzlichen Effekt, dass Sprachkenntnisse ausprobiert werden können und Bekanntschaften, vielleicht auch Freundschaften entstehen können.

In den letzten Monaten sind die Zahlen der Flüchtlinge, die Hessen erreichen, rückläufig. Die kurzfristigen Zuweisungen in die Kommunen nehmen ab und vereinzelt werden in Hessen bereits Notunterkünfte geschlossen. Vielerorts kehrt vorerst Ruhe ein. Der Begriff „Standby-Betrieb“ ist das Schlagwort zur aktuellen Situation, denn es ist nicht abzusehen, wie die Flüchtlingsbewegungen in den kommenden Monaten aussehen werden.

Die Atempause wird in vielen Kommunen genutzt, so Karl-Christian SCHELZKE, um anfänglich spontane Hilfsaktionen zu verstätigen und Integrationshilfen zu ordnen. Prof. WÖBBEKING weiß von seiner Feldforschung in Pfungstadt, dass Patenschaftsmodelle, die Sammlung von Sachspenden oder ehrenamtlich geführte Sprachtrainings sehr gut funktionieren. Ungleich schwieriger sei es, anerkannten Flüchtlingen eine berufliche Existenz zu eröffnen oder für den Familiennachzug notwendigen Wohnraum bereit zu stellen. Hier werde nichts ohne eine konzertierte Strategie gehen, die notwendige Perspektiven für Geflüchtete über die Gemeindegrenzen hinaus eröffnet.

Auf die Unterstützung zivilgesellschaftlicher Organisationen, Vereine, Feuerwehren und anderer Verbände können die Integrationswilligen jedenfalls bauen. Aber auch hier sei von staatlicher Seite Unterstützung gefragt, denn nicht immer machen es die kulturellen Voraussetzungen der Zuwanderer leicht, Menschen in die jeweiligen Quartiere zu integrieren. Für Prof. Dr. Karl H. WÖBBEKING ist wichtig, dass bei Menschen, die sich lange Zeit in Notunterkünfte befinden würden, die Einführung einer festen Tagesstruktur eine integrationsfördernde Stütze sei. Werte wie Pünktlichkeit, Verlässlichkeit seien für das Ankommen in den Gemeinden ebenso wichtig, wie ausreichende Sprachkenntnisse.

Sprache bleibt dabei ein Schlüssel zur gelingenden Integration, da sind sich beide Gesprächspartner einig. Eine Herausforderung stelle hier eine passgenaue Vermittlung von Sprachkenntnissen dar. Damit Flüchtlinge dieses Angebot passend zu ihren eigenen Bedarfen wahrnehmen können, ist es notwendig, insbesondere den anerkannten Flüchtlingen sowie den Asylbewerbern mit guter Bleibeperspektive möglichst schnell Sprachkenntnisse zu vermitteln. Für Karl-Christian SCHELZKE ist der Ausbau der Deutschkurse oberhalb der B1 Stufe als Voraussetzung für die Integration in anspruchsvollere Arbeitsplätze evident. Auch hier gelte, dass durch

ein frühzeitiges und breit angelegtes Engagement mit der Bündelung bestehender Instanzen (Ausländerbehörde, Sozialamt, Jugendamt, Jobcenter, Wirtschaftsförderungsschulen und Schulverwaltung) sowie durch Kooperation mit Unternehmen, Kammern, Sozialpartnern und bürgerschaftlich Engagierten, die Zuwanderer in Arbeit und Berufsausbildung wirklich voran gebracht werden können.

Bei einem realistischen Blick auf die Lage in ländlichen Gebieten, ist eine geringere Zahl von Migranten evident. Dies kann für WÖBBEKING Chance und Herausforderung zugleich sein. Positiv könne bewertet werden, dass eine geringere Zahl von Zugewanderten tendenziell eher soziale Kontakte zu der angestandenen Bevölkerung vor Ort knüpfen könnten. Die für Großstädte vielfach beklagte Abgrenzung in den „Ankunftsquartieren“ sei ein im ländlichen Raum eher seltenes Problem. Persönliche Beziehung und der Blick auf die soziale Gemeinschaft würden ebenfalls zu den Integrationspotentialen des ländlichen Raums gehören. Das gilt besonders mit Blick auf die Vereine oder Kirchen, denen für das Integrationsgeschehen eine besondere Bedeutung zukommt, wenn sie sich für die Zuwanderer öffnen. Anderseits sei nicht zu verkennen, dass die gerade im ländlichen Raum und in Kleinstädten zusammenhängenden Milieus das Ankommen der Zuwanderer nicht zwingend erleichtern. Die geringere Zahl von Migranten wirke sich auch auf die Realisierbarkeit von Angeboten (Sprachkurse, Praktika, Ausbildung) aus, größere räumliche Distanzen würden hier die Erreichbarkeit solcher Angebote erschweren. Für WÖBBEKING und SCHELZKE ist dies aber kein unlösbares Problem, wenn die Sorgegemeinschaft vor Ort sich dieser Frage annimmt. Mobilitätsgutscheine, die nicht auf die Asylbewerberleistungen angerechnet werden, bürgerschaftlich organisierte Fahrgemeinschaften oder Miniklassen vor Ort, sind hier schon zum Teil erprobte Modelle.

Da die Wohnungssituation im Ballungsraum auf Grund der neuen Zuwanderung mehr als angespannt sei und die soziale Struktur in den Großstädten unter Druck stehen würde, eröffne die Ansiedlung von Zuwanderern in ländlichen Regionen auch eine wichtige strukturpolitische Funktion. „Die Kommunen müssen aber auch auf diese Chance vorbereitet werden. Echte Integration wird wesentlich durch Chancengleichheit im Beruf, bei Bildung, Wohnen und Freizeitangeboten erreicht“, so die Gesprächspartner. Chancengleichheit bedeute nicht nur, gleiche Chancen zu ermöglich. „Die Betroffenen müssen diese Chancen auch aktiv ergreifen“, so SCHELZKE und WÖBBEKING abschließend.